

## **Dramatische Waldbrände in Kalifornien, Trumps Wende in der bilateralen Handelskrise und erste Entscheidungen und Prognosen bezüglich der Midterm Elections im November**

*Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 23.-27. Juli 2018*

(Ik) Diese Woche hatten die amerikanischen Zeitungen ein großes Thema: Die Waldbrände katastrophalen Ausmaßes im Bundesstaat Kalifornien, mit großangelegten Löschangriffen und Evakuierungen. Doch auch die Politik und damit Präsident Donald Trump rückten in den Fokus, denn Trump versicherte der E.U. in einem Statement, einen Plan auszuarbeiten, welcher den Verzicht auf Zölle und ähnliche Handelsbarrieren vorsieht. Des Weiteren stellten die im November anstehenden Midterm Elections ein zentrales Thema dar, auch anlässlich einiger Beschlüsse seitens des Präsidenten.

Die Wetterlage ist zurzeit nicht nur in europäischen Ländern angespannt, auch in den USA herrschen Höchsttemperaturen. Am schlimmsten traf es bisher den Bundesstaat Kalifornien, in dem an mehreren Stellen großflächige Wald- und Buschbrände lodern. Durch wochenlange Trockenheit sind Grasebenen und Wälder ausgetrocknet und bieten daher viel Raum für die unermüdliche Ausbreitung der Flammen. Wie die *Washington Post* berichtet, haben das Department of Forestry and Fire Protection und die lokalen Feuerwehren tausende Menschen aufgefordert, ihre Häuser oder andere Aufenthaltsorte so schnell wie möglich zu verlassen und in weiter entfernten Gebieten Schutz zu suchen. Eine Bewohnerin der ehemaligen Bergbau-Stadt French Gulch erläuterte, sie hätte zwei Stunden Zeit für die Evakuierung gehabt, während anderen nur knapp eine halbe Stunde geblieben war: „Es ist schrecklich. Wissen Sie, man hat ein bisschen Angst, weil man nicht weiß, ob man zu seinem Haus zurückkehren wird und ob die Stadt anders aussehen wird“, schilderte sie weiter. Auch der Yosemite National Park wird laut der *New York Times* an der Westseite von einem Brand bedroht, ist jedoch laut Behörden keiner imminenten Gefahr ausgesetzt, da der Brand im angrenzenden Sierra National Forest ausgebrochen ist. Trotzdem wurde das 12 Kilometer lange Yosemite Valley mitsamt der State Route 41 abgeriegelt. Löscheinheiten bestehend aus rund 3.000 Feuerwehrleuten und 16 Hubschraubern konnten brandverzögernde Mittel und Wasser zur Bekämpfung der Flammen einsetzen. Die *Times* veröffentlichte einen Artikel über vergangene Brandereignisse in Kalifornien, in dem deutlich wird, dass die Gefahr von Bränden in den letzten Jahren drastisch zugenommen hat: „Da war ein Rhythmus da, und du konntest wenigstens darauf zählen. Jetzt ist es ein ganzjähriger Zyklus“, sagt ein ehemaliger

Feuerwehrmann, der jetzt Präsident einer Gewerkschaft für kalifornische Berufsfeuerwehrlaute ist. Kaliforniens Gouverneur Jerry Brown hat Berichten der *Washington Post* zufolge 440 Millionen Dollar beiseitegelegt, um den Schutz der zivilen Bevölkerung und der Einsatzkräfte in Brandsituationen zu gewährleisten, außerdem hat er in den betroffenen Regionen den Notstand ausgerufen. Die Strategie müsse laut dem California Office of Emergency Services angepasst werden, man müsse augenblicklich „in eine Kristallkugel schauen“, denn die so wichtige „Zeit zum Planen“ von Operationen fehle, die Feuer seien zu schnell und aufgrund ihrer Größe zu widerstandsfähig. Außerdem bedeuten anhaltende Trockenperioden und die Brände eine höhere Kapazität an Helfern über eine große Fläche verteilt und laut Psychologin Dr. Nancy Bohl-Penrod auch mehr Stress durch längere Arbeitszeiten. Diese gesamte Entwicklung dürfte vor allen Dingen unter Wissenschaftlern zu Kritik an Präsident Trump führen, der die Omnipräsenz untypischer Klimaphänomene und eine Erderwärmung immer wieder in Frage stellt.

Und damit ist auch gleich diejenige Person erwähnt, die mit ihren kontroversen Äußerungen, restriktiven wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen und unklaren Versprechungen stets Aufsehen erregt: Donald Trump. Doch dieses Mal ist es eine Nachricht, die nationale wie internationale Öffentlichkeit und Experten überrascht. Trump hat offenbar mit der E.U. einen Vertrag ausgearbeitet, der, wie die *Washington Post* schreibt, einen „Waffenstillstand im Handelskrieg“ vorsieht. Der U.S.-Präsident sagte laut *New York Times*, der E.U.-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hätte zugesichert, dass die Europäer „eingewilligt [hätten], mehrere Milliarden Dollar amerikanischer Sojabohnen und Naturgas zu kaufen“. In einer gemeinsamen Erklärung schilderten die beiden: „Wir haben uns heute darauf geeinigt...zusammenzuarbeiten hin zu null Zöllen, null zollfreien Barrieren und null Subventionen von nichtautomatischen industriellen Gütern“. Der Handelskonflikt hatte mit der Einführung von Strafzöllen auf Stahl und Aluminium begonnen und drohte, sich auf Autos auszuweiten, was speziell der deutschen Automobilindustrie schwer zugesetzt hätte. Die Trump-Administration bezog sich bei diesen Entscheidungen stets auf die „unfairen Handelspraktiken“ seitens der E.U. Angesichts des Schrittes von Juncker und Trump zeigen sich Trumps Parteimitglieder enthusiastisch: „Da ist ein emotionaler Aufschwung, weil das der erste große Durchbruch ist. Es zeigt, dass der Präsident auf dem richtigen Wege ist und es wäre schwer zu argumentieren, dass er es nicht ist“, sagte etwa K. Michael Conaway, ein texanischer Republikaner und Vorsitzender des House Agriculture Committee.

Allerdings haben weder Trump noch die Europäer definitiv verkündet, ihre Zölle ganz abzuschaffen, vielmehr verbirgt sich hinter den Äußerungen ein gradueller Prozess, der seine Zeit dauert. Juncker hatte in einem Treffen am Dienstag die Bereitschaft zur Diskussion von zwei Optionen angekündigt: Entweder einen Handelsvertrag limitiert auf bestimmte amerikanische Produkte, oder eine Vereinbarung mit den großen Autoexporteuren der Welt, bestehende Zölle komplett zu streichen. Und auch wenn das sehr vage Äußerungen sind, findet Kolumnist Marc A. Thiessen (*Washington Post*), man müsse Trump „Zugeständnisse machen“. Beobachtet man die Herangehensweise, so könne man sehen, dass „Trump kein Protektionist [sei]“, sondern die Zölle nur als ein „Werkzeug“ benutze, um eine „radikale Freihandels-Agenda“ voranzubringen. Weiterhin kritisiert Thiessen scharf die Attitüde der G-7-Staaten beim Treffen im kanadischen Québec: Trump, so sagt er in einem Interview mit

Fox-News-Reporterin Maria Bartiromo, habe bei jenem Treffen einen Vorschlag gemacht, der ihn jedoch eher als Immediatisten darstellt. Trump sagte, die Regierung würde sofort alle Zölle und sonstige Handelsbarrieren abschaffen, doch zu Thiessens Entrüstung und Unverständnis wendeten sich die eigentlichen Pro-Freihandels-Verbündeten von ihm ab und verwiesen scheinbar genervt auf die Dringlichkeit eines Themenwechsels. Der U.S.-Präsident bekräftigte seinen Vorschlag noch einmal auf Twitter: „Sowohl die USA als auch die E.U.: Zölle, Barrieren und Subventionen fallenlassen!“

Die „radikale Freihandels-Agenda“, von der Marc Thiessen spricht, erklärt er im Folgenden weiter: Trump wisse, dass „die meisten unserer Handelspartner keinen Freihandel wollen. Sie wollen geordneten Handel mit Zugang zu U.S.-Märkten, während sie bestimmte Industrien vor Wettbewerb mit und durch die USA schützen“. Diese „protektionistischen Barrieren“ wolle Trump zum Einsturz bringen, indem er Zölle erhebe. Und das geht mit einer Erklärung seiner selbst einher: „Wissen Sie, andere Länder haben Zölle auf uns erhoben. Also wenn ich sage ‚Ich erhebe jetzt Zölle auf sie‘, fangen sie alle an zu schreien: ‚Er benutzt Zölle!‘“ Gewissermaßen spielt er hier also auf eine Art Paranoia seitens der europäischen Wirtschaft an, die die Bindung mit den USA nicht aufs Spiel setzen möchte. Laut Thiessen aber scheint die Trump'sche Strategie nun auf dem Wege sein, besiegt zu werden. Das Angebot der E.U., amerikanische Sojabohnen zu erwerben, helfe Trump im Handelskonflikt mit den Chinesen, die Zölle auf Sojabohnen erhoben hatten. 96% der amerikanischen Sojabohnen wachsen in 18 Bundesstaaten, von denen im November 2016 gerade einmal zwei nicht für Trump gestimmt hatten. Diese Entwicklung, so Thiessen, gab „verletzlichen Demokraten im Senat“ in vielen der besagten Staaten, wie etwa North Dakota, einen politischen Aufschwung. Und Donald Trump hat die EU gebeten, den U.S.-amerikanischen Sojabohnenbauern zu helfen, mit den weiterreichenden Konsequenzen chinesischer Zollpolitik fertig zu werden, gleichzeitig stellt er jenen Farmern 12 Millionen Dollar Hilfe zur Verfügung. Diese Art der Handelspolitik bezeichnet Thiessen als „dreidimensionales Handels-Schach“.

Am Donnerstag dann sprach Trump nach Berichten der *Washington Post* vor einer Gruppe von Stahlarbeitern in Granite City, Illinois, und versicherte: „Dies ist der Zeitpunkt, die schlechtesten Handelsverträge, die je von einem Land dieser Erde je in der Geschichte geschlossen wurden, geradezubiegen.“ Gleichzeitig aber war es eine „provokative, kraftvolle Verteidigung seiner Herangehensweise an Wirtschafts- und Außenpolitik“, so die *Post*. Ob diese Vorhaben nun tatsächlich umgesetzt werden, und ob andere Handelsabkommen wie NAFTA in naher Zukunft auch verhandelt werden können, bleibt abzuwarten.

Ein anderes Thema, das in den Zeitungen aufkam, waren erste Prognosen beziehungsweise Erklärungen zu möglichen Auswirkungen auf die im November stattfindenden Midterm Elections. Der sogenannte Endangered Species Act (ESA) sichert seit 45 Jahren den Schutz von gefährdeten Tierarten in den USA und hat schon zu erheblichen Anstiegen von beispielsweise Weißkopfschnecken- oder Alligatorpopulationen geführt. Die Trump-Administration und Mitglieder verschiedener Industrien begehren jetzt dagegen auf, da der ESA verbietet, in bestimmten Schutzgebieten beispielsweise Öl zu fördern. Auch wird davon ausgegangen, dass der Umweltschutz sich negativ auf das Wahlergebnis der Republikaner im November auswirken könnte. Die Gesetzgeber haben unzählige Initiativen

und Zusatztexte ausgearbeitet, die es schwieriger machen sollen, bedrohte Arten auf die Liste aufzunehmen, im Gegenzug aber die Erklärung als „nicht mehr gefährdet“ erleichtern sollen. Das Ausmaß ist so groß „wie seit Jahrzehnten nicht gesehen“, schreibt die *New York Times* dazu. Lobbyisten und Farmer aus den Weststaaten, die dem Trump'sche Gedankengut anhängen, sind überzeugt, dass sich das Gesetz auf lange Sicht hin nur auf die Restriktion von wirtschaftlicher Entwicklung und nicht auf den eigentlichen Schutz bedrohter Arten fokussiert. Laut *New York Times* ist der Angriff deswegen so enorm, weil die Republikaner sowohl das Weiße Haus als auch beide Kammern des Kongresses kontrollieren – und weil der Präsident die Deregulierung als elementaren Punkt seiner Präsidentschaft betrachtet. Allerdings hatten Repräsentanten aus mehreren Staaten im Laufe der letzten Monate die Modifikation des Gesetzes gefordert, sodass es sowohl den Tieren als auch den Amerikanern dient.

Des Weiteren wurde über die möglichen Schwierigkeiten der Demokraten im Hinblick auf die Midterms berichtet. Frank Bruni, ein Kolumnist der *Times*, führte mit Tim Ryan (Demokrat Ohio) und Jane Harman, der Direktorin des Wilson Centers und früheres kalifornisches Kongressmitglied, ein Interview darüber. Harman bemängelte, die Demokraten würden sich nicht auf sich selbst konzentrieren, sondern nur „wie schlecht die Leitung der Republikaner im Kongress [sei]“ oder auf die „gemischten Nachrichten“ aus der Administration. Beide sind angetan davon, dass so viele Frauen sich politisch einbringen wollen, wie Ryan sagte, „die Korruption der Politik zu beenden“. Harman sprach den „tribalism“ in der U.S.-Politik an, also ein „Stammessystem“ zweier Parteien, das weder die amerikanische Wirtschaft stärkt noch Jobs schafft. Ryan bekräftigte, die Nachrichten könne sich nicht nur auf Präsident Trump und seine Aktionen beziehen, sondern müssten auch „die Korruption und die Gier dieser Administration hervorheben“. Das geht mit Harmans Vorschlag einher, „eine Trump-freie Stunde im Fernsehen“ einzuführen.

Wie die Demokraten abschneiden, und ob sich die genannten Probleme bewahrheiten, sehen wir im November.

Quellen:

<https://www.nytimes.com>

<https://www.washingtonpost.com>